

a) Rente

Deutsche Renten unter OECD-Schnitt

enn. BERLIN, 25. April. Die Rentenansprüche der Deutschen übersteigen anders als häufig angenommen nicht die ihrer europäischen Nachbarn. Vielmehr liegen sie nach einer Studie der Wirtschaftsorganisation OECD sogar unter dem Durchschnitt. Gemessen hat die OECD dies an Kriterien wie dem gesetzlichen und dem tatsächlichen Renteneintrittsalter, der Rentenbezugsdauer und der Rentenhöhe im Vergleich zum vorherigen Erwerbseinkommen. Die Ergebnisse der Studie stehen im Widerspruch zu Äußerungen von Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU). Sie hatte die Ergebnisse der jüngsten Vermögensstatistik der Europäischen Zentralbank (EZB), in der Deutschland auf einem hinteren Platz zu finden ist, als "verzerrt" bezeichnet, weil darin Rentenansprüche nicht berücksichtigt seien.

Ein Kriterium für den Wert von Rentenansprüchen ist in der Studie die sogenannte Ersatzquote, die die Höhe der Altersrente im Verhältnis zum früheren Arbeitseinkommen beschreibt. In Spanien liegt die Netto-Ersatzquote für einen männlichen Durchschnittsverdiener, der mit 65 Jahren in den Ruhestand geht, nach der OECD- Tabelle bei gut 84 Prozent, in Italien bei gut 79 Prozent und in Griechenland sogar bei mehr als 110 Prozent. Ein Grieche bezieht also mehr Rente, als er im Schnitt verdiente. Die Ersatzquoten der Südländer übersteigen den OECD-Durchschnitt von 69 Prozent deutlich. Unter dem Schnitt liegt Frankreich mit gut 60 Prozent. Für Deutschland weist die Statistik eine Ersatzquote von 58 Prozent aus. In Deutschland arbeitet ein Arbeitnehmer zudem durchschnittlich länger als viele andere Europäer, bevor er in den Ruhestand geht. Er bezieht auch deshalb kürzer Rente. *FAZ vom 26. April 2013*

Reich geredet

Von Kerstin Schwenn

In der Debatte über die Verteilung der Vermögen in Europa hat Kanzlerin Angela Merkel die Deutschen kurzerhand reich geredet. Hierzulande besäßen zwar viele kein Haus, aber immerhin eine Rentenanwartschaft, hat sie sinngemäß gesagt. Und diese Rentenansprüche sorgten dafür, dass die Deutschen im Schnitt eben doch reicher seien als viele andere Europäer, deren Regierungen den Schutz von Euro-Rettungsschirmen suchten. Viele Rentner hat das geärgert, weil sie sehen, dass ihre Rentenanpassungen unter der Inflationsrate liegen. Und viele Beitragszahler hat das geärgert, weil sie wissen; dass sie 45 Jahre lang Geld in die Rentenkassen zahlen müssen, um eine Durchschnittsrente von kaum mehr als 1000 Euro zu bekommen. Ihr Ärger findet eine Bestätigung in der Vergleichsstudie der OECD: Der Wert der Rentenansprüche in Deutschland – Rentenbeginn, Rentenbezugsdauer, Rentenhöhe im Vergleich zum Erwerbseinkommen – liegt unter dem Durchschnitt. Daher warnt die OECD hier vor wachsender Altersarmut. Die zweite Wahrheit ist aber: Viele Rentensysteme sind längst nicht mehr finanzierbar. Den europäischen Nachbarn stehen die bitteren Rentenreformen erst noch bevor. *FAZ vom 26. April 2013*

b) Bildung

Bildungspaket kommt gut an

Kommunen geben 433 Millionen Euro für Kinder aus

dc. BERLIN, 26. April. Das vor zwei Jahren eingeführte Bildungs- und Teilhabepaket für Kinder von Langzeitarbeitslosen und Geringverdienern kommt nach Einschätzung von Bund und Kommunen immer besser bei den Betroffenen an. "Inzwischen profitieren fast drei Viertel der berechtigten Kinder", bilanzierte Bundesarbeitsministerin Ursula von der Leyen (CDU) am Freitag bei einem Auftritt mit Vertretern der kommunalen Spitzenverbände. Die gemeinsamen Anstrengungen von Bund, Ländern und Kommunen hätten sich gelohnt. Ähnlich urteilte der Hauptgeschäftsführer des Städte- und Gemeindebundes, Gerd Landsberg. "Das Bildungs- und Teilhabepaket ist kein Flop", sagte er. "Es ist auch kein Bürokratiemonster."

Die im April 2011 aufgrund einer Verfassungsgerichtsentscheidung zu den Bedarfssätzen für Hartz-IV-Bezieher eingeführte Förderleistung, die etwa Zuschüsse für Schulausflüge und Vereinsbeiträge beinhaltet, war vor allem in der Startphase stark umstritten gewesen. Nachdem in den ersten drei Wochen je nach Kommune nur zwischen 2 und 35 Prozent der Berechtigten Interesse gezeigt hatten, sahen sich die Kritiker bestätigt. Die SPD streitet seit damals dafür, eher mehr Geld für den Ausbau von Schulsozialarbeit und Kinderbetreuung einzusetzen als für eine individuelle Förderung über das Bildungspaket, die einen höheren Verwaltungsaufwand verursache.

Von der Leyen sieht sich nun durch eine Repräsentativerhebung bestätigt, die ihr Ministerium in Auftrag gegeben hatte. Beispielsweise gaben darin 92 Prozent der befragten Antragsteller an, der Aufwand für ihren Antrag auf Leistungen aus dem Paket habe sich aus ihrer Sicht gelohnt. Auch den Nutzen der einzelnen Förderleistungen – von Klassenfahrten über Schulessen bis zum Beitrag für Sportverein oder Musikschule – beurteilten jeweils mehr als 80 Prozent der befragten Eltern und Kinder positiv.

Besonders stark nutzen die Berechtigten Zuschüsse für Schulbedarf. Diese Hilfen, die es in ähnlicher Form bereits vor 2011 gegeben hatte, nahmen laut Umfrage 84 Prozent aller Berechtigten in Anspruch. 38 Prozent beantragten Geld für Schulessen, 26 Prozent für Teilhabeleistungen wie Vereinsmitgliedschaften. Einzelne Quoten seien je nach Kommune aber sehr unterschiedlich – wo Schulbus oder Schulessen ohnehin für alle gratis seien, gebe es auch keine Anträge. Die Vertreter der kommunalen Spitzenverbände forderten, dass diese Kommunen dennoch einen Teil der ersparten

Bundeszuschüsse erhalten, damit sie für ihre kinderfreundliche Politik nicht bestraft würden. Insgesamt rechneten die Kommunen laut Arbeitsministerium im vergangenen Jahr beim Bund für das Bildungspaket 433 Millionen Euro ab. Weitere 160 Millionen Euro zahlt der Bund pauschal für Verwaltungskosten. *FAZ vom 27. April*

Schön oder nur Schöngerechnet

Berlin Mit einer Note kann man viel aussagen. Bundesarbeitsministerin Ursula von der Leyen lässt sich deshalb jedes Jahr für ihr Bildungspaket ein Zeugnis ausstellen. Auch diesmal ist die CDU-Politikerin zufrieden. 2,4 – so lautet im Durchschnitt die Note, die sie von den Eltern bekam, die Jugendlichen vergaben sogar eine 1,9. Darüber, sagt die Ministerin, freue sie sich. Je der wisse, dass "solche Schulnoten nicht immer einfach zu erreichen sind".

An diesem Freitag hatte von der Leyen wieder einmal einen großen Auftritt in der Bundespressekonferenz. Es ging darum, das von Opposition, Verbänden und Sozialforschern als "Flop" kritisierte Bildungs- und Teilhabepaket für 2,5 Millionen bedürftige Kinder ins rechte Licht zu rücken. Seit zwei Jahren können Eltern, die auf Hartz IV oder Wohngeld angewiesen sind, für ihre Kinder unter anderem ein subventioniertes Mittagessen in der Schule, einen Zuschuss von zehn Euro pro Monat für den Sportverein, die Musikschule oder Nachhilfe beantragen. Zeit also, Bilanz zu ziehen, und die Ministerin gab wie immer bei solchen Gelegenheiten ihr Bestes mit Zahlen und Grafiken, die vor allem eines zeigen sollten: "Das Bildungspaket ist erfolgreich und erreicht die Kinder immer besser." Als Beleg legte sie eine Statistik vor: Demnach profitieren fast drei Viertel aller berechtigten Kinder (73 Prozent) von den Leistungen. Doch wie das so ist mit Regierungszahlen – kaum waren sie veröffentlicht, polterte die Opposition los: Grünen-Sozialpolitiker Martin Kurth sagte, von der Leyen rechne sich "die Misserfolge schön".

Die Angaben der Ministerin samt der so guten Schulnoten beruhen auf einer repräsentativen Befragung von 2300 Familien, die Anspruch auf Geld aus dem Bildungspaket haben. Eine Statistik, wie viele Kinder tatsächlich sich vom Staat den Flötenunterricht, das Fußballtraining oder die Englisch-Zusatzstunde zahlen lassen, gibt es nicht. Die Ergebnisse der Umfrage zeigen aber: Leistungen, die es schon bisher gab und in das Bildungspaket aufgenommen wurden, sind stärker gefragt, wie vor allem die 100 Euro für den Schulbedarf (84 Prozent). Neue Angebote werden von den einkommensschwachen Familien jedoch eher weniger genutzt: Nur etwa jede vierte kassiert den Zuschuss für Sport oder Musik, in Nordrhein-Westfalen sind es sogar nur zehn Prozent. Bei der Nachhilfe liegt die Quote wie im Vorjahr nur bei fünf Prozent.

Genau hier setzten die Kritiker an: Die SPD-Arbeitspolitikerin Annette Kramme sprach von "grob verfälschenden" Zahlen, weil bereits eine genutzte Leistung pro Jahr – wie für den Schulbedarf – dazu führt, dass man in der Statistik mitgezählt wird. Rechne man den schon vor Jahren eingeführten Schulbedarf heraus, bleibe nur der Schluss, dass "das Bildungspaket gescheitert ist", assistierte Ulrich Schneider, Hauptgeschäftsführer des Paritätischen Wohlfahrtsverbands. Caritas-Präsident Peter Neher sagte: Mit zehn Euro pro Monat ließen sich die Ausgaben für Sport- und Musikunterricht einfach nicht decken. Auch dürfe es Geld für die Nachhilfe nicht nur dann geben, wenn der Übertritt in die nächste Klasse gefährdet sei. Dies müsse auch möglich sein, "damit ein Kind in eine höhere Schule wechseln kann". Von der Leyen hält von solchen Vorwürfen wenig: Nicht jeder benötige Nachhilfe, viele Kinder seien für bestimmte Leistungen schlichtweg zu klein. Und die 120 (zwölf mal zehn) Euro im Jahr für einen Verein seien "sehr plausibel". Außerdem liege es auf der Hand, dass dort, wo es viele kostenlose Angebote gebe, wie etwa in Berlin, die Leistungen weniger in Anspruch genommen werden.

Umstritten bleibt ebenfalls die Frage, ob das Bildungspaket ein "Bürokratiemonster" ist. Die Ministerin verwies auf die Umfrage: 80 Prozent der Teilnehmer gaben dabei an, dass ihnen das Ausfüllen des Antrags leicht gefallen sei. Caritas-Präsident Neher hält den Aufwand dagegen für zu hoch. Die Familien müssten "für jeden Schulausflug, jede Klassenfahrt und auch für jeden fälligen Vereinsbeitrag einen aufwendigen Antrag stellen", Zum Thema Bürokratie nannte von der Leyen noch eine schöne Zahl: 433 Millionen Euro wurden für die Leistungen im vergangenen Jahr abgerufen – oben drauf kamen 160 Millionen Euro für den Verwaltungsaufwand. *THOMAS ÖCHSNER, SZ vom 27. April 2013*

c) Linke Opposition

Halleluja auf die Reichen

Viele Politiker nutzen den Evangelischen Kirchentag in Hamburg als Wahlkampfarena

Von Susann Witt-Stahl

Evangelische Kirchenvertreter haben beim Protestantentreffen in Hamburg die Kluft zwischen Arm und Reich vorsichtig kritisiert. Mitglieder der antikapitalistischen Linken protestierten gegen den Evangelischen Kirchentag. Sie sehen eine »Allianz von Opportunismus und Aberglauben«.

Der 34. Evangelisch-Lutherische Kirchentag in Hamburg war zunächst (arbeits)weltlichen Angelegenheiten gewidmet. Auf einer Brückenveranstaltung von Kirche und DGB am Hafenrand wurde direkt im Anschluss an die 1. Mai-Feierlichkeiten - in Anlehnung an die offizielle Losung des Protestantentreffens (»Soviel du brauchst«) - unter dem

Motto »Soviel Gerechtigkeit du brauchst« diskutiert. »Das Evangelium ist nicht nur für Christen, die in den Himmel kommen wollen - es ist die knallharte Forderung an alle, denen zu helfen, die in Not sind«, gab sich der Bundesminister a. D. und Attac-Aktivist Heiner Geißler Mühe, der gestellten Aufgabe gerecht zu werden. Er kritisierte die seit Jahrzehnten hegemoniale »marktradikale Politik« und forderte: »Wir brauchen ein anderes Wirtschaftssystem.« Davon wollte Hamburgs Bürgermeister Olaf Scholz (SPD) nichts wissen. Er zog es vor, ein Halleluja auf die verantwortungsvollen Reichen anzustimmen: »Es gibt so viele Vermögende in Hamburg, die sich für ein gerechtes Steuersystem einsetzen. Das entspricht der Botschaft des Kirchentages.«

»Es rettet uns kein höh'eres Wesen«, war auf einem Transparent zu lesen, mit dem eine Gruppe antikapitalistischer Linker gegen die »Allianz von Opportunismus und Aberglauben« protestierte. »Es ist sicher kein Zufall, dass der Kirchentag auf den 1. Mai gelegt wurde«, ärgert sich einer der Demonstranten über die Okkupation seines Kampftages. »Die Kirche ist dazu da, die Gesellschaft ruhig zu halten.«

Das sieht Kirchentagspräsident Gerhard Robbers natürlich anders: Die Losung »Soviel du brauchst« (2. Mose 16,18) soll als »Zuspruch«, »Aufmunterung« und als »Aufforderung« verstanden werden, sich den aktuellen Herausforderungen zu stellen, betonte er auf der morgendlichen Pressekonferenz. In einer Zeit der »Maßlosigkeit« sei diese Formulierung »zeitgemäß, politisch, kritisch, aber auch hoffnungsvoll«. Es sei »unerträglich, wenn durch Spekulation mit Lebensmitteln die Ärmsten hungern müssen«. Auch die Hamburger Bischöfin Kirsten Fehrs kritisierte die wachsende Kluft zwischen Arm und Reich: »Hamburg ist eine reiche Stadt und trotzdem leben hier sehr viele Familien, die ihre Kinder mit Hartz-IV-Budget großziehen müssen.« Zudem betonte sie, dass die Jugendarbeit der Kirche sich verstärkt gegen Rechtsextremismus engagieren müsse.

Offiziell wurde der Kirchentag in der auf Hochglanz polierten Hansestadt - sie ist nach 1953, 1981 und 1995 bereits das vierte Mal Gastgeber - mit vier Gottesdiensten eröffnet. Der festlichste mit großem Chor und Orchester fand vor dem Rathaus statt. Für die rund 160 000 Besucher, die erwartet werden, bietet das Protestantentreffen rund 2500 Veranstaltungen: Vorträge, Workshops, Diskussionen zu religiösen, ethischen, weltanschaulichen Fragen und brisanten politischen Themen wie Kindersoldaten, kirchliches Arbeitsrecht und den Friedensprozess im Nahen Osten.

Im Bundestagswahlkampf vertrauen die Akteure der Parteien nicht allein auf Gott, sondern auf intensive Werbung in eigener Sache. So wird es ein Podiumsgespräch geben zwischen der Leiterin des UN-Entwicklungsprogramms, Helen Clark aus den USA, mit Bundeskanzlerin Angela Merkel über die Frage: »Was ist die Schöpfung in der globalisierten Welt wert.« Auch Peer Steinbrück ist mit von der Partie. Er will in einer Veranstaltung mit dem Titel »Soul Feel du brauchst« seinen reichhaltigen Erfahrungsschatz in die Waagschale werfen und wertvolle Tipps geben, wie in der heutigen Zeit »Schaden an der eigenen Seele« vermieden werden kann.

Die Linkspartei kümmert sich weniger um das Seelenheil von Kanzlerkandidaten - lieber um den himmelschreienden Missstand in der deutschen Exportpolitik: Der Bundestagsabgeordnete Jan van Aken informiert über die »Waffenkammer Deutschland«. Am Freitag werden Gregor Gysi, Bodo Ramelow, Raju Sharma unter der Moderation der Hamburger Bürgerschaftsfraktionschefin Dora Heyenn über »Die Linke und ihren Glauben« diskutieren.

An dem Kulturprogramm mit Theateraufführungen, Lesungen und Konzerten wirken 12 000 Künstler mit. Mit großer Spannung wird die Uraufführung der Oper »Vom Ende der Unschuld« über den von den Nazis hingerichteten Widerstandskämpfer Dietrich Bonhoeffer im Hamburger Kulturzentrum Kampnagel erwartet. Im Rahmen eines Symposiums über das berühmte »War Requiem« von Benjamin Britten sollen »Wege aus der Gewalt« gesucht werden. *Neues Deutschland vom 2. Mai 2013*

d) Außenpolitik

Pjöngjang fühlt sich provoziert

Nordkoreas Regime versucht mit Kriegspropaganda, das Volk hinter sich zu bringen

Tokio - Nordkorea hat seine Armee in höchste Kampfbereitschaft versetzt. 'Alle strategischen Raketen und die Artillerie sind in Stellung', meldete die amtliche Nachrichtenagentur KCNA am Dienstag. Zu ihren Zielen gehörten das amerikanische Festland, Hawaii, Guam und weitere US-Stützpunkte im Pazifik und in Südkorea. 'Armee und Volk werden entschlossen zeigen, dass sie ihre Souveränität und Würde mit militärischen Mitteln verteidigen', teilte das Oberkommando mit. Die USA bedrohten Nordkorea mit Atomwaffen, begründete Pjöngjang diesen Schritt. Sie hätten während 'Foal Eagle', den gemeinsamen Truppenübungen der USA mit Südkorea, 'die rote Linie überschritten'. Es herrsche Krieg. Die bisher größten Manöver dieser Art werden am Samstag enden.

Die Nordkoreaner wännen sich tatsächlich bedroht - und zwar nicht nur das Regime, von dem schon vor zehn Jahren der damalige US-Vizepräsident Dick Cheney sagte, die USA sollten es mit 'einem chirurgischen Schlag' ausschalten. Auch die Elite, die weiß, dass sie zusammen mit dem Regime untergehen würde, wittert Gefahr; und die kleinen Leute, denen die staatliche Propaganda täglich einhämmert, nur die Wachsamkeit der Armee habe einen Überfall der Amerikaner bisher verhindert.

Selbst das südkoreanische Verteidigungsministerium deutet die jüngste Häufung von Drohungen als Binnen-Propaganda. Jung-Diktator Kim Jong Un schürt eine Kriegsstimmung, um die Nordkoreaner hinter sich zu einen und zu mobilisieren.

Ungewöhnliche Truppenbewegungen des Nordens seien bisher nicht beobachtet worden, erklärt das Ministerium in Seoul. Bis zum 15. April, dem Geburtstag von Staatsgründer Kim Il Sung, dürfe der Propagandalärm aus Pjöngjang nicht nachlassen. Bis dahin muss man auch mit Provokationen wie einem weiteren Atomtest rechnen. Pjöngjang fühlt sich provoziert. Beim 'Foal Eagle'-Manöver kamen B-52-Langstreckenbomber zum Einsatz - in Ostasien ein Symbol des Vietnamkrieges und des nuklearen Wettrüstens im Kalten Krieg. Diese Symbolik mag man im Westen vergessen haben, Pjöngjang sieht sie als Kriegserklärung. *SZ vom 27. März 2013*

Nordkorea

Kim Jong Un spielt Psycho-Krieg

Ein Kommentar von Stefan Kornelius

Das Schauspiel hat schon fast Tradition: Südkorea und die USA ziehen ins Manöver, Nordkorea reagiert mit wüsten Drohungen. Diesmal klingt das Säbelrasseln jedoch besonders gefährlich, weil das Motiv des Diktators Kim Jong Un rätselhaft ist. Will er die Anerkennung als Atommacht? Oder wird er ein Opfer der eigenen Propaganda?

Jedes Jahr im Februar beginnt auf der koreanischen Halbinsel ein Schauspiel, das in seiner Vorhersehbarkeit an den Zug von Singvögeln erinnert: Land-, See- und Luftstreitkräfte der südkoreanischen und der US-Armee formieren sich zu einer Übung, Offiziere bemannen Kommandostäbe, Soldaten ziehen ins Gelände.

Man könnte dieses Manöver schon eine gute alte Tradition nennen, weil es seit 1976 zur immer gleichen Reaktion führt: Nordkorea nimmt die Übung zum Anlass für wüste Drohungen, es beginnt einen politischen Veitstanz und vergisst nicht selten seine Grenzen. Im März 2010 wurde die südkoreanische Korvette *Cheonan* in dieser aufgeladenen Atmosphäre versenkt. Der Torpedo kam wohl aus dem Norden.

Die Anrufung des Heiligen Veit reicht schon lange nicht mehr aus, um an diesem hochgerüsteten und stets explosionsgefährdeten Flecken Erde für Beruhigung zu sorgen. Nordkorea denkt angesichts der Manöver gar nicht an Mäßigung wie einst der Löwe in der Zirkusarena, der sich der Legende nach vor dem heiligen Veit in den Staub legte anstatt ihn aufzufressen.

Eine ganze Weile lang, nach dem Tod von Gründungsdiktator Kim Il Sung 1994 und unter dem Eindruck des Epochenwechsels in Europa, verzichteten die USA und Südkorea auf das Manöver. Freilich nutzte auch diese Geste nichts - Nordkorea, unter der Führung des zweiten Kim, mochte weder abrüsten noch von der Atomforschung lassen. Heute, unter Kim III., ist Nordkorea Nuklearmacht und gebärdet sich so kriegerisch wie selten zuvor. Man braucht weniger einen Strategen als einen Psychologen, um darin noch Rationalität zu erkennen.

Erstens also die Manöver: Sie sind lediglich ein Vorwand, ein gerne genommener Anlass für den Norden, um den Veitstanz zu beginnen. Vielleicht wäre es deshalb klug, diese ritualisierten Übungen wieder einmal auszusetzen. Trainieren lässt sich heute jederzeit - vor allem am Computer. Und ein Militär kann auch ohne historisches Tamtam üben. Gleichwohl ist es richtig, dass die USA in der angespannten Situation Standfestigkeit beweisen und - ebenfalls symbolisch - ein paar Flugzeuge nach Südkorea verlegen. Alles andere könnte als Schwäche und Nachgiebigkeit ausgelegt werden.

Denn nun kommt, zweitens, die Psychologie ins Spiel. Da drehen selbst die professionellen Nordkorea-Deuter im Süden der Halbinsel wilde Kapriolen, um dem Verhaltensmuster des Diktators Kim Jong Un einen Sinn abzugewinnen. Nach drei Nukleartests und einem spektakulären Raketenstart geht es Kim (oder seinen Marionetten-Meistern aus dem Militär im Hintergrund) jetzt um die Legitimierung als Nuklearmacht. Immer und immer wieder lässt er wissen, dass sein Atomarsenal nicht zur Verhandlungsmasse gehört.

Will er also die Akzeptanz erreichen wie einst Indien und Pakistan? Weil keiner außer den Chinesen und dem naiven Basketballer Dennis Rodman mit ihm redet, weiß man es nicht. Und die Chinesen werden kein Interesse an einer legitimierten Nuklearmacht Nordkorea haben. Die japanische Bombe wäre nicht weit.

Hinter dem Motiv-Rätsel verbirgt sich aber ein größeres Problem, das die Säbelrasselei zur Kirschblüte diesmal besonders gefährlich klingen lässt: Was, bitteschön, ist denn die Realität für den jungen Kim? Ist der neue Oberbefehlshaber bei allem Getöse ein rationaler Akteur, oder sieht er die Welt durch eine eigens für ihn gefertigte Linse?

Wahrnehmung ist am Ende alles, und nirgendwo auf der Welt gibt es eine eigentümlichere Sicht auf die Dinge als in Nordkorea. Seit 65 Jahren deutet sich das Regime die Welt zurecht. Gut möglich, dass Kim III. so sehr an diese Welt glaubt, dass er dafür zu kämpfen bereit wäre - ein Opfer der eigenen Propaganda. *SZ vom 02.04.2013*